

Frage des Tages

Bedauern Sie den Rückzieher des Grossen Rats bei der Sterbehilfe?

Altersheime werden doch nicht gezwungen, Zugang zu Sterbehilfe zu ermöglichen. Bedauern Sie den Entscheid? www.baz.ch

Das Ergebnis der Frage von gestern:

Ist ein Hausbau in der Waldzone in Ordnung?



Hausfrauenputz auf HRS-Baustelle

Eklatante Verstösse gegen die Suva-Sicherheitsbestimmungen in Reinach

Von Daniel Wahl

Reinach. Die Worte aus dem Werbeprospekt des Generalunternehmers HRS Real Estate aus Frauenfeld für seine neuen Wohnungen im Gebiet Steinreben, das ans Reinacher Kägen-Quartier grenzt, klingen verführerisch: «Die Gemeinde Reinach macht sich schön für eine grossartige Zukunft. Markante Blickpunkte setzen jüngste Projekte, und weitere sind in Planung.» Wie diese Hochglanzwelt teilweise erarbeitet wird, ist eine andere Sache. Eine unschöne. Und der Versuch, sie zu beantworten, gibt einen Einblick in die Arbeitspraxis auf Baustellen.

Nicht schlecht staunten nämlich Anwohner, als sie «Hausfrauen» in wehenden Röcken auf dem Baugerüst der drei neuen Wohnkomplexe von HRS «herumturnen» sahen. Die Gerüststangen verwendeten die Damen als Kleiderständer für ihre Leopardenhandsachen. Handy-Telefonieren und gleichzeitig putzen, ist bei den Laienreinigerinnen offenbar kein Tabu. Die Leitern bestiegen sie in grünen Crocs-Cayman-Schuhen und ohne Bauhelm. Von Handschuhen schon gar keine Rede.

Suva traut den Augen nicht

Die Unfallversichererin Suva hat schon vieles gesehen. Aber das nicht, wie Serkan Isik vom Suva-Medienteam sagt, als er die Bilder gesichtet hat. Normalerweise würden Mitarbeiter von Reinigungsfirmen Schutzbrille und Handschuhe tragen. Helme und sicheres Schuhwerk und angepasste Kleidung sind obligatorisch. Röcke gehören definitiv nicht dazu.

Seine Rückfrage an die Baustellenverantwortliche HRS habe ergeben, dass die Arbeiterinnen von der Baustelle verwiesen und die Arbeiten bereits ausgeführt worden seien.

Damit war das Problem für die Suva bereits erledigt und bleibt für das Unternehmen, welches die Frauen auf die Baustelle schickte, ohne Konsequenzen. Dies, weil der Unfallversicherer keine Bussen aussprechen darf. «Wären solche Arbeiten jedoch nicht gestoppt worden, wären wir vor Ort gegangen», sagt Isik. Jedoch drohe die Suva dem fehlbaren Unternehmen erst nach der dritten, vierten Abmahnung mit einer Prämienhöhung.



Nicht ganz Suva-konform. Fassaden-Reinigerinnen mit Leopardenhandsachen, Röcken, «Crocs» und Handy – aber dafür ohne Helm – auf Baustellenputz bei einer Grossüberbauung in Reinach. Fotos Daniel Wahl

Weil sich die Arbeiterinnen angeblich bereits aus dem Staub gemacht hätten, war von der Suva auch nicht zu erfahren, welche Firma verantwortlich gemacht wird. «Offenbar eine Fassadenreinigungsfirma, aber HRS ist nicht deren Arbeitgeber», sagt Serkan Isik.

Die Aufsicht über die Baustelle hat die Bauleitung von HRS. Hier werden zwar «die neusten Bautechniken für höchste Ansprüche an ein energieeffizientes Wohnen» überwacht. Minergie-Standard und kompakte Bauweise für eine optimale Wärmedämmung seien die Qualitätsmerkmale des Projekts «Steinreben».

Aber diesen Profis sind die Röcke der Arbeiterinnen auf ihren Gerüsten über mehrere Tage hinweg nicht aufgefallen. Die Frauen, die über längere Zeit Fenster und Fassaden reinigten, liess man gewähren. Erst als die BaZ HRS die Bilder diese Woche zustellte und um

eine Stellungnahme bat, reagierte die Firma umgehend: «Einen solchen Verstoß gegen die Sicherheitsvorschriften konnten wir nicht akzeptieren. Die Frauen wurden umgehend von der Baustelle verwiesen», sagt HRS-Sprecher Sven Bradke. Noch am selben Abend erteilte das Unternehmen die Weisung, dass das Gerüst nur noch mit Helm und entsprechenden Schuhen betreten werden dürfe.

«Freund aus Zürich» engagiert

Aufschluss, wie solche Arbeiterinnen auf die Baustelle kommen, gibt schliesslich das Fassadenrenovations-Unternehmen H. Badalli aus Basel. Man habe beim Fassadenbau die Fenster und Sims verunreinigt und sei verpflichtet worden, diese in sauberen Zustand zu übergeben, ansonsten Abzüge gemacht würden. So hat der Geschäftsführer «einen Freund aus Zürich» engagiert,

der die Reinigungsmittel gebracht habe. Mehr nicht, wie er sagt. Die Frauen hätten bloss die Putzmittel aufs Gerüst getragen. Im Laufe des Gesprächs räumt der Geschäftsführer dann ein, dass die Frauen «schon mehrere Stunden» auf dem Gerüst waren.

Die Zentrale Arbeitskontrolle ZAK kennt solche Fälle zur Genüge. Oft, aber nicht in jedem Fall, seien solche Verstösse gepaart mit Lohndumping, sagt ZAK-Präsident Hans Rudolf Gysin. Es seien meist Firmen, die ihre Arbeiter ungenügend ausrüsten und diese so unter Tarif anbieten können.

Bereits einmal erregte HRS landesweit Aufsehen wegen der laschen Führung ihrer Baustelle: Beim Messe-Neubau flog auf, dass polnische Gipser angeblich für 14 Franken pro Stunde bis zu 58 Stunden pro Woche arbeiteten und auch dort ebenso gegen Sicherheitsvorschriften verstiessen.

Doch noch Nein zur Sterbehilfe

Motion knapp abgelehnt

Von Nina Jecker

Basel. Die Motion von FDP-Grossrat Luca Urgese war am Mittwoch das letzte Traktandum in der Nachtsitzung des Grossen Rats. In einem ersten Gang hatte das Parlament den begleiteten Suizid noch unterstützt und den Vorschlag mit grossem Ja-Anteil überwiesen. Konkret geht es darum, künftig allen Patienten und Bewohnern von Basler Pflegeheimen und Spitälern einen Zugang zu Sterbehilfe zu ermöglichen.

Nun hat der Regierungsrat einen Bericht ausgearbeitet, in dem er erklärt, weshalb er die Motion nicht annehmen will. Am Mittwoch hat das Parlament daher nochmal darüber abgestimmt. Und zwar mit einem knappen Resultat. Spannend wurde es kurz vor Ende der Nachtsitzung, als Grossratsmitglieder ihre Voten abgaben. Fast die Hälfte von ihnen wollten die Motion überweisen, während die andere Hälfte dagegen war. Schliesslich fiel der Entscheid mit einer einzigen Stimme Differenz gegen die Motion – 38 stimmten Ja, 39 Nein.

Für viele Grossräte ausschlaggebend für den Meinungswechsel war auch die Haltung der Pflegeheime. Diese hatten mitgeteilt, dass sie einen Zwang ablehnten und dies zum Teil auch ihrem Personal nicht zumuten möchten. Ausserdem ist bereits in zwei Dritteln der Institutionen der Zugang zum assistierten Suizid gewährleistet, Senioren müssen sich aber vor ihrem Eintritt über die geltenden Regelungen in den Heimen informieren.



Abgeblitzt. Luca Urgese. Foto Pino Covino

Spannend waren auch die Haltungen innerhalb der Parteien. In vielen war man sich in der Sache überhaupt nicht einig. In der SP waren beispielsweise 13 Grossräte für Urgeses Motion, 14 dagegen. Auch bei der SVP stimmten sieben Personen Ja und gleichzeitig sieben Personen Nein. In der FDP folgten sechs Parlamentarier ihrem Parteikollegen Urgese, drei stimmten dagegen. Und sogar aus der CVP/EVP-Fraktion kam eine Ja-Stimme – von CVP-Mann Felix Meier.

Ein Zwischenbericht für den Papierkorb

Kanton veröffentlicht seltsame Bilanz der Baselbieter Energiewende – Zahlen und Fakten fehlen komplett

Von Boris Gyga

Liestal. Eigentlich war der Auftrag unmissverständlich: Auf dem Weg zur Energiewende sollte der Regierungsrat dem Landrat alle zwei Jahre einen Zwischenbericht zum Baselbieter Energie-

paket veröffentlichen. Dieser sollte «alle Massnahmen inklusive Resultate sowie die Rahmenbedingungen bei der Umsetzung der Energiestrategie 2012» beinhalten. So steht es in der Motion von FDP-Landrat Christoph Buser, die im Mai 2014 überwiesen wurde.

Das Amt für Umweltschutz- und Energie (AUE) hält nun im aktuellen Zwischenbericht fest: Die 14 einzelnen Teilziele befinden sich «mehrheitlich auf Kurs», oder sie seien «bereits erreicht worden». Doch wer den über zehnjährigen Bericht unter die Lupe nimmt, entdeckt vor allem Worthülsen, die kaum Neuigkeiten bringen. Der Fokus liegt nur auf den strategischen Zielen. Grösstenteils wird auf das neue kantonale Energiegesetz verwiesen, das aber erst voraussichtlich per 1. Januar 2017 in Kraft tritt: «Viele der angestrebten Massnahmen werden mit der Totalrevision erst angegangen.»

Einzig zu Ziel 3, das bis 2030 das Energiestadtlabel für alle Gemeinden im Baselbiet fordert, davon mindestens 20 Prozent mit der Auszeichnung «Gold», gibt es einen aktuellen, messbaren Zwischenstand: Heute haben 16 von 86 Gemeinden das Label, was einem Anteil von 16 Prozent entspricht. Die Auszeichnung «Gold» hat bisher keine einzige Gemeinde.

Als Philipp Schoch (Grüne) den Bericht las, staunte er nicht schlecht. Es fehle die Hälfte, nämlich alle Angaben zum Energiepaket. «Der Sinn eines Zwi-

schichtenberichts ist es, die Fortschritte zu überprüfen und ihn mit seinem Vorgänger zu vergleichen. Dazu braucht man Fakten und Zahlen», ärgert sich das Mitglied der Umweltschutz- und Energiekommission (UEK) des Landrats. Beim letzten Bericht habe es noch keine Strategie gegeben. Darum sei der Zwischenbericht schlicht «seltsam». Es würden zudem Zukunftsszenarien beschrieben, die nichts in einem solchen Papier von einer Momentanalyse zu suchen hätten, sagt Schoch.

Wichtige Grössen seien beispielsweise der Strom- sowie Ölverbrauch oder die Produktion von Solarstrom im Kanton. «Ich bin überzeugt, dass wir dabei Fortschritte gemacht haben. Darum ist es unerklärlich, dass diese Anstrengungen nirgends erwähnt werden.» Der Auftrag des Parlaments sei somit nicht erfüllt worden, folgert Schoch.

Ahnungslose Beamte

Der aktuelle Bericht ziele ganz auf die strategische Ebene, hält Alberto Isenburg, Leiter Amt für Umweltschutz und Energie fest. Die Zwischenergebnisse des Baselbieter Energiepakets und seinen Massnahmen seien jedoch «eine separate Geschichte». Es sei wichtig, dass diese beiden Ebenen nicht miteinander vermischt werden. «In den nächsten vier Wochen werden wir die Zahlen und Fakten liefern», betont Isenburg. Die getrennte Berichterstattung sei

wohl nicht ganz geschickt kommuniziert worden. In Zukunft werde die BUD die Zwischenberichte wohl zum gleichen Zeitpunkt veröffentlichen.

Auch für Christoph Buser war die Berichterstattung zu dünn: «Zu wenig konkrete Zahlen», so sein Fazit. Der Direktor der Wirtschaftskammer Basel-Land wandte sich darum ebenfalls an das AUE. Mit der Ankündigung der baldigen Veröffentlichung zeigt er sich nun zufrieden. Er sei «gespannt auf die neusten Zahlen». UEK-Präsidentin Christine Gorrengout meint dazu: Sie habe immer angenommen, dass noch ein zweites Papier zum Energiepaket folgen wird.

Erstaunlich: Als Philipp Schoch bei der zuständigen Stelle des AUE nachfragte, wusste niemand von einem zweiten Bericht. Zur gestaffelten Veröffentlichung meint Schoch: «Das Parlament will die Ergebnisse des Energiepakets integral in einem Bericht. Das ist der geltende Auftrag an die Regierung.»

Die Begründung und Ankündigung Isenburgs können Schoch jedoch nicht zufrieden stellen. «Der Kanton macht einfach, was er will», sagt er etwas verärgert. Darum habe er bereits eine Interpellation verfasst, die eine sofortige Veröffentlichung der Zahlen verlangt. Den Verstoß behält er in der Hinterhand. «So wie dies jetzt gelaufen ist, befürchte ich, ein bisschen nachhelfen zu müssen.» Der aktuelle Zwischenbericht landet wohl im Papierkorb.

ANZEIGE

BADEN MESSE

NATÜRLICH REGIONAL 12.–20. 9. | GESUND & VITAL 12.–20. 9. | MÄNNER-PARADIES 18.–20. 9.

12.–20. September
Messe Freiburg

Eintrittskarte = RVF-Ticket

Täglich: 10 bis 18 Uhr
Freitag bis 20 Uhr

Tickets unter:
www.baden-messe.de

www.facebook.com/badenmesse

BLHV | AOK | Sparkasse

ANZEIGE

academia

Deutsch/Englisch

Kindergarten Primarschule

Individuelle Förderung
Intensives Sprachprogramm Immersion Plus
Hausaufgabenbetreuung
CH- und internationaler Lehrplan
Schulbus

Bonergasse 75 | Telefon 061 260 20 00
4057 Basel | www.academia-international.ch